

Illegale Abstimmungspropaganda - Bürgerrechte wiedergewinnen

Diethelm Raff

Am 3. März hat sich die Schweiz per Volksabstimmung entschieden, der UNO beigetreten. 54,6% und 12 der 23 Kantone haben diesem Entscheid formell zugestimmt. Sehr viele Bürger ärgern sich zurecht, weil sie feststellen mussten, dass sie ihre Meinung nicht frei und unverfälscht bilden konnten. Das Resultat hat aus verschiedenen Gründen keine Legitimität.

Wie inzwischen bekannt geworden ist, hat die Bundesbehörde in rechtlich unhaltbarer Weise ihre Infrastruktur dazu missbraucht, die nötigen Unterschriften für die Einreichung der Volksinitiative zusammenzubringen. (Weltwoche, 27.1.2000) Nur so kamen innerhalb von 6 Wochen die fehlenden 40 000 Unterschriften zusammen.

Die Exekutive missbrauchte das Vertrauen der Bürger und lancierte eine massive Kampagne durch Meinungsmanipulatoren, um die Bürger mit allen Mitteln einseitig zu beeinflussen. Sie war schon Jahre im voraus geplant. Man überliess nichts dem Zufall, wie die Meinungsmanipulatoren selbst schreiben (Das Engagement von Bundesrat und Bundesverwaltung im Vorfeld von eidgenössischen Abstimmungen, Bern November 2001, s. 61). So wurden zigtausendfach Hochglanzbroschüren ohne Informationsgehalt verteilt. Auch die Verwaltung, Kirchen, Sportverbände und selbst befohlene militärische Anlässe wurden für die staatliche Indoktrination benutzt, was der Bundesrat „Information“ nannte, um so eine Anklage zu erschweren. Chefredaktoren von Regionalmedien wurden zu persönlichen Gesprächen mit den Bundesräten eingeladen, weil sie im Gegensatz zu den grossen Medien manchmal noch eine eigene Meinung vertreten (S. 37). Bei ihren Auftritten in den Medien bestimmen die Bundesräte, wer von der Gegenmeinung eingeladen wird und worüber gesprochen wird (S. 41). Wenn ein Argument auftaucht, das die Bevölkerung zu einem Nein bringen könnte, so werden gezielt „Zusatzinformationen eingespeist“, die die Bevölkerung auf den Kurs der Regierung einspuren sollen (S. 32). Der Bundesrat will nicht mehr der Ausführnde des Willens der freien Bürger sein, sondern will sich mit Hilfe der von ihm angestellten 432 „Kommunikationsberater“ eine Mehrheit beschaffen (S. 53). Er missbraucht seine Autorität, um an verschiedenen Anlässen Propaganda zu betreiben, anstatt die Auseinandersetzung den gesellschaftlichen Kräften zu überlassen. Damit stellt sich der Bundesrat ausserhalb der Schweizer Demokratie, in der die Bürger über sich selbst bestimmen können und der Staat nicht das Recht hat, gegen seine Bürger Interessen einer kleinen Minderheit durchzusetzen.

Seitens der in der Economiesuisse organisierten Grosskonzerne, die in der Schweiz keine Verantwortung mehr übernehmen, wurde die unglaubliche Summe von rund 12 Millionen Schweizer Franken für Propaganda eingesetzt. Da nichts dem Zufalle überlassen blieb, wurde vor 1 ½ Jahren ein hoher Beamter aus dem Eidgenössischen Departement des Äusseren (EDA) Herr Rudolf Ramsauer, zum Chef der economiesuisse erkoren. Die Arbeit schaffenden Klein- und Mittelbetriebe haben vom Uno-Beitritt nichts, die Grosskonzerne haben 1999 einen Global Compact mit der Uno geschlossen, der ihnen garantiert, mit bloss vorgeschobenen ethischen Grundsätzen ihr Raubrittertum weiterhin zu betreiben, wenn sie dafür die Uno unterstützen.

Angesichts dieses horrenden Aufwandes muss das vorliegende Resultat von 45,4 % Neinstimmen als beachtliche Resistenz gegen Manipulation gewertet werden. Ohne offen und ehrlich darüber zu informieren, ist die Schweiz damit freiwillig einem undemokratischen Gebilde beigetreten, in dem die Bürger gar nichts zu sagen haben und das sich anschickt, Krieg in der ganzen Welt zu führen. Auffällig ist, dass die Eigenständigkeit im Denken auf dem Land viel grösser ist als in den städtischen Gebieten.

Das Unglück eines herbeimanipulierten Uno-Beitritts ist nur ein Teil des Schadens. Es muss nun darum gehen, die direkte Demokratie wieder herzustellen. Ein Teil davon ist, den sich als Minister und Führer auftretenden Departementsvorstehern ihre Plätze als Angestellte des Volkes zuzuweisen.

Es ist dem schweizerischem Selbstverständnis völlig fremd, dass staatlicherseits eine „richtige“ Meinung propagiert wird, um zu vermeiden, dass ein „Propagandaministerium“ entsteht, wie dies in einer Diktatur der Fall ist. Seitdem der Bundesrat dem Volk die neue Bundesverfassung aufgezwungen hat, spielt er sich zusehends als oligarchisches Gremium auf und nicht als Exekutive des Volkes. Den Bürgern bleibt nichts anderes übrig, als mit einer Volksinitiative die Neutralität der Behörden bei Wahlen und Sachabstimmungen einzufordern und